UID

Nummer 18
6. Juni 2002
www.cdu.de

# Annette Schavan ins Kompetenzteam **berufen**

**Das Kompetenzteam der Union, mit dem sie Rot-Grün im September ablösen will, nimmt immer deutlichere Konturen an.**

Mit Annette Schavan haben Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel auch das Feld „Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik" mit einer kompetenten, über die Parteigrenzen hinaus anerkannten Politikerin besetzt.

Bei der Vorstellung der profilierten Bildungspolitikerin betonte Edmund Stoiber, dass Forschung und Bildung „Megathemen für die Zukunft unseres Landes sind". „Bildung und Forschung werden über die Zukunftsfähigkeit

▶ *Seite 2*

INHALT

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:
Verbraucher-informationsgesetz verfehlt Realitäten
SEITE 7

DOKUMENTATION:
Chancen@Deutschland Version 2.0
Eine Internetstrategie für die Politik
INNENTEIL

## HEUTE AKTUELL

■ Laurenz Meyer: Arbeitslosenzahlen sind dramatischer Weckruf für Rot-Grün (Seite 3) ■ 2. InternetNight: Herausforderung Internet annehmen! (Seite 4-5) ■ Angela Merkel: Staatsquote senken (Seite 6-7) ■ Beschluss des Bundesvorstands zur Medienpolitik: Freiheit und Verantwortung (Seite 8-10) ■ www.zeit-fuer-Taten. de: Wahlkampfseiten der CDU gestartet (Seite 11) ■ Erster virtueller Wahlkreis Deutschlands (Seite 12) ■ EAK: Christliche Jugendtreffen im Blickpunkt des EAK und der JU (Seite 14) ■ Zum SPD-Wahlparteitag (Seite 15) ■ Maria Böhmer/Ilse Falke: Keine ruhige Hand beim Jugendschutz (Seite 16) ■ Gerhard Friedrich/ Steffen Kampeter: Reiner Ankündigungszauber (Seite 17) ■ Martina Krogmann. Pseudo-Jugendschutz darf Access-Provider nicht noch mehr belasten (Seite 18) ■ Konrad-Adenauer-Stiftung: Neue Studien vorgestellt (Seite 19)

## KOMPETENZTEAM

*Fortsetzung von Seite1:*
unseres Landes in einer globalisierten Welt entscheiden. Der Rohstoff Geist ist die wichtigste und wertvollste Ressource, die wir haben," zeigte sich Edmund Stoiber überzeugt. Annette Schavan sei für ihn der Garant dafür, dass wieder mehr deutsche Hochschulen international zu einer guten Adresse in Forschung und Lehre werden. Stoiber fügte hinzu, Schavan stehe für eine innovative, an den Menschen orientierte Bildungspolitik. Ihre Berufung sei zugleich „ein klares Bekenntnis zum Forschungs- und High-Tech-Standort Deutschland". Diese mache zugleich deutlich, welch hohen Stellenwert die Union dem Thema Forschung und Bildung einräume. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bekräftigte, dass sich Wohlstand für alle nur noch realisieren lasse, wenn Deutschland Spitzenergebnisse in der Forschung vorlege. „Mit Annette Schavan hat die deutsche Bildungs- und Forschungspolitik jetzt wieder ein Gesicht, das in die Zukunft weist!"

Annette Schavan kündigte an, dass sie sich vor allem für eine Verschlankung des Hochschulrahmengesetzes einsetzen werde. Das Bildungsministerium müsse wieder seine Struktur und Kompetenzen erhalten, wie sie vor der Beschneidung durch Schröder gewesen seien. Die Zentralvergabestelle für Studienplätze (ZVS) müsse abgeschafft werden.

Annette Schavan, die 1994 zur Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken berufen wurde, leitet seit 1995 das baden-württembergische Kultusministerium und wurde 1998 zur stellvertretenden CDU-Vorsitzenden gewählt. Die gebürtige Rheinländerin war zudem im vergangenen Jahr Präsidentin der Kultusministerkonferenz und seit Januar 2002 deren stellvertretende Vorsitzende.

IMPRESSUM

UID

*UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333. Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.*

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Arbeitslosenzahlen: **Weckruf** für Rot-Grün

**Zu den Arbeitsmarktzahlen erklärte der CDU-Generalsekretär:**

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird der gesamte Misserfolg der Schröder-Regierung deutlich. Die Arbeitslosenzahlen vom Mai sind ein dramatischer Weckruf für Rot-Grün. Allein aus Gründen der Altersentwicklung sind in den vergangenen 4 Jahren rund 800.000 Menschen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Im Vergleich zu Mai 1998 (4,19 Mio. Arbeitslose) zu heute (3,94 Mio. Arbeitslose) hätte die Zahl der Arbeitslosen um rund 550.000 geringer ausfallen müssen.

## Soziale Balance gefährdet

Diese Regierung gefährdet die soziale Balance. Hätte Rot-Grün allein die demographische Entwicklung voll ausgeschöpft, müsste die Arbeitslosenzahl bei 3,3 Mio. liegen. Das ist der eigentliche Skandal. Angesichts dieser Zahlen ist es unanständig, wenn der Bundeskanzler von Aufschwung und mehr Arbeitsplätzen redet.

Mit 77.600 verzeichnete die Bundesanstalt den niedrigsten Rückgang der Arbeitslosenzahlen in einem Mai seit 1993. Und auch dieser Rückgang ist nur der guten Witterung zu verdanken. Denn witterungsbereinigt stieg sogar die Arbeitslosigkeit um 60.000 auf 4,042 Mio.. Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich von 111.000 auf 200.673 nahezu verdoppelt. Es geht abwärts in Deutschland. Die Talsohle ist noch nicht erreicht.

Besonders hart trifft es wieder einmal die neuen Länder. Hier liegt die Arbeitslosenzahl mit 1,385 Mio. so hoch wie noch nie in einem Mai seit der Wiedervereinigung. Rot-Grün lässt die Menschen alleine. Die „Chefsache Ost" ist für die Menschen im Osten endgültig zur Bedrohung geworden.

Eine der ersten Aktionen des von Schröder ins Amt gehievten Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit ist fulminant gescheitert. Bis Ende Mai sind nach Angaben der Bundesanstalt rund 46.000 Vermittlungsgutscheine ausgegeben worden. Eingelöst hätten Job-Agenturen bislang aber nur 500. Nichts funktioniert bei Rot-Grün.

## Statistische Tricks

Alles was der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einfällt sind statistische Tricks. Der angebliche Anstieg der Beschäftigtenzahl seit 1999 hatte ebenfalls überwiegend statistische Gründe. Vor allem durch die im April 1999 erfolgte Einbeziehung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht wurde die Zahl der Beschäftigten um rund 2,22 Mio. erhöht.

Das heißt aber nicht, dass mehr gearbeitet wird. In Erwerbsstunden gerechnet ist der Anstieg des Beschäftigungsvolumens, der im Frühjahr 1997 – also noch zu unserer Regierungszeit – eingesetzt hatte, bereits 2000 zum Stillstand gekommen und geht seit dem zurück.

2. INTERNETNIGHT

# „Herausforderung Internet annehmen!“

**Auch dieses Jahr hatte die CDU pünktlich zum Auftakt der Berliner IT-Messe InternetWorld zu einer InternetNight geladen.**

Nach der positiven Resonanz auf die Vorjahresveranstaltung fiel die Entscheidung nicht schwer, auch in diesem Jahr eine Internet-Night zu veranstalten. Wieder folgten mehrere hundert Gäste aus der europäischen Internetszene, der Wirtschaft und Politik der Einladung ins Konrad-Adenauer-Haus, um sich über aktuelle Trends aus den verschiedenen Bereichen der Informations- und Kommunikationswirtschaft zu informieren.

In ihrer Begrüßungsrede hob die CDU-Vorsitzende Angela Merkel die Bedeutung des Mediums Internet für den Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft hervor. Nur wenn es gelinge, den Unternehmen und Leistungsträgern vernünftige Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu bieten, werde Deutschland auch in Zukunft am technischen Fortschritt gestaltend mitwirken können, sagte Angela Merkel. Ausdrücklich dankte die CDU-Vorsitzende dem Leiter der Internetkommission, Thomas Heilmann, für die Erarbeitung des Strategiepapiers Chancen@Deutschland Version 2.0. Dabei handle es sich um ein gutes Beispiel für die gelungene Kooperation von externem Sachverstand und Politik, betonte Merkel.

„Das Internet kann zu einem Sprungbrett für einen Aufschwung in Deutschland werden“, unterstrich Thomas Heilmann bei der Vorstellung des Internetpapiers, das am 3. Juni vom Bundesvorstand verabschiedet worden war. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass „wir diese Infrastruktur schnell und gut für alle nutzbar machen“. Hierzu habe die Internetkommission der CDU Deutschlands 50 konkrete Vorschläge gemacht, die sich auf die Bereiche Wirtschaft, Steuern, Bildung Sicherheit und Verwaltung beziehen. Heilmann wies darauf hin, dass die Bundesregierung zwar vieles versucht, aber zu wenig erreicht habe. Dabei bestehe dringender Handlungsbedarf, denn das Internet sei eine Basistechnologie, die jedem einzelnen eine Bandbreite neuer Möglichkeiten eröffne.

Zuvor hatte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer deutlich gemacht, dass die

Politik nicht umhin komme, sich der ungeheuren Beschleunigung im Internetzeitalter anzupassen. „Wir müssen stets auf dem aktuellen Stand der Entwicklungen sein und schnell Modelle und Rahmenbedingungen anbieten, die es den Unternehmen ermöglichen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen", sagte Meyer.

## Workshops

Nach den Reden folgten die Workshops in denen Führungskräfte der CDU mit Experten und Praktikern aus dem Internetbereich und den Gästen ins Gespräch kamen und Praxislösungen vorstellten. Auch wenn in allen vier Workshops ein reges Interesse an den diskutierten Themen bestand, ragten zwei echte Highlights heraus. Im Workshop „Netzwerkattacken und Cyberwar – Sicherheit im Internet" wurde in einem echtem „Live-Hack" dem staunenden Publikum auf beeindruckende Weise demonstrierte, wie schnell, mit wie wenig Technik und mit nur minimalen Programmierkenntnissen man sich über das Internet Zugriff auf fremde Computer verschaffen kann. Ähnlich interessant verlief der am besten besuchte Workshop, in dem CDU Generalsekretär Laurenz Meyer über die Rolle des Internets im Wahlkampf und in der Politik referierte.

Bevor die zahlreichen Gäste am kalten Buffet und auf der Tanzfläche den gelungenen Abend ausklingen ließen, beendet Prof. Dr. Lothar Späth, der vor kurzem in Kompetenzteam der Union berufen wurde, den offiziellen Teil.

Der Vorstandsvorsitzende der JenOptik AG forderte einen Klimawechsel in Deutschland zu Gunsten junger Unternehmer. „Wir müssen uns endlich auf die Lebensentwürfe junger Leute einstellen", sagte Späth. Dazu gehöre es auch, ihrer Dynamik und Experimentierfreude Raum zu geben und nicht durch bürokratische Hemmnisse zunichte zu machen. Die IT- und Kommunikationsbranche sei ungeheuer „zeitempfindlich", erklärte der Jenoptik-Chef. Häufig betrage die Zeit bis zur Markteinführung einer Idee nicht mehr als drei Monate. Wer so dynamisch in einem Markt kämpfen müsse, habe definitiv keine Zeit, sich um die Anmeldung von Patenten zu kümmern. Mit Blick auf die anwesenden IT-Fachleute betonte Späth: „Die Union will von Ihnen lernen, wie die konkreten Prozesse in den jeweiligen Branchen ablaufen und einen Beitrag dazu leisten, die Bürokratie zurückzudrängen". UID

ANGELA MERKEL:

# Staatsquote senken!

**CDU und CSU haben in ihrem Regierungsprogramm angekündigt, die Staatsquote – das ist der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand an der gesamtwirtschaftlichen Leistung – von derzeit knapp 50 Prozent schrittweise und dauerhaft auf unter 40 Prozent zu senken.**

Wir wollen mehr Selbstbeschränkung des Staates zugunsten der Bürger und der Unternehmen.

Überall in Europa wächst die Einsicht, dass es sich nachteilig auf wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, wenn ein zu hoher Anteil unserer wirtschaftlichen Leistung durch staatliche Kassen fließt. Dies führt zu einer Steuer- und Abgabenbelastung, die leistungshemmend wirkt und Privatinitiative, Risikobereitschaft und Schaffensfreude untergräbt.

In Deutschland ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt im Zuge der Sonderbelastungen durch den Aufbau Ost zeitweise auf über 50 Prozent gestiegen. Dieses hohe Niveau hatte die Staatsquote 1982 schon einmal erreicht – damals ohne

Wiedervereinigung als Ergebnis von 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung.

Jetzt behauptet die SPD, eine Rückführung der Staatsquote, wie sie von CDU und CSU geplant ist, würde Deutschland arm machen. Der Plan der Union koste 170 Milliarden Euro. Sämtliche sozialen Leistungen müssten massiv gekürzt oder sogar ganz gestrichen werden. Für Investitionen in die öffentlichen Infrastrukturen werde das Geld fehlen. Das Vorhaben der Union sei in höchstem Maße unsozial.

## Die SPD irrt – und das weiß sie auch!

Bundeswirtschaftsminister Müller hat bereits in seinem „Wirtschaftsbericht 1999" eine Rückführung der Staatsquote auf 40 Prozent gefordert. Und Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in einem Interview mit der Wiener Zeitung „Standard" am 23.7.1999 die grundsätzliche Richtigkeit dieses Zieles bestätigt: „Die 40 Prozent sind enorm ehrgeizig ... Das ist das Eingehen auf Realitäten." Schröder betonte ausdrücklich, eine Rückführung der Staatsquote sei kein „Abbau" des Wohlfahrtsstaates, sondern dessen notwendiger „Umbau".

Was 1999 richtig war, kann 2002 nicht plötzlich falsch sein. Die SPD hat ganz einfach die Kraft verlassen.

## Was passiert wirklich, wenn die Staatsquote sinkt?

CDU und CSU haben schon einmal in den 80er Jahren die Staatsquote gesenkt: von 50,1 Prozent auf 45,8 Prozent – auch damals gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. Gleichzeitig wurden Bürger und Unternehmen um insgesamt rund 50 Milliarden Mark steuerlich entlastet.

Als Folge dieser Politik stellte sich ein nachhaltiger

wirtschaftlicher Aufschwung ein. Ohne ihn hätten die Sonderbelastungen nach der Wiedervereinigung gar nicht geschultert werden können.

- Das Sozialbudget stieg in den Jahren 1982 bis 1990 von 524 Milliarden Mark auf 715 Milliarden Mark. Von Sozialabbau konnte keine Rede sein.
- Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg von 995 Milliarden Mark auf 1.532 Milliarden Mark – das sind 54 Prozent mehr! Die Deutschen wurden reicher, nicht ärmer.
- Der wirtschaftliche Aufschwung brachte – trotz Steuersenkung – mehr Geld in die Staatskassen. Waren es 1982 noch 193,6 Milliarden Euro, so konnte 1990 der Finanzminister 281,5 Milliarden Euro verbuchen.
- Das durch die Politik der Union freigesetzte höhere Maß an unternehmerischer Initiative brachte auch Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. Rund zwei Millionen zusätzliche Beschäftigte haben davon profitiert; die Arbeitslosigkeit sank um zwei Prozentpunkte.

Sparen muss man richtig machen. CDU und CSU haben bewiesen, dass sie es können.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

# Verbraucherinformationsgesetz **verfehlt** Realitäten

**Das Verbraucherinformationsgesetz von Künast ist völlig untauglich um Fälle wie den Nitrofenskandal zu verhindern**

Frau Künast unternimmt den untauglichen Versuch von ihrem politischen Versagen abzulenken. Frau Künast ist im letzten Jahr mit großen Ankündigungen in Richtung Lebensmittelsicherheit angetreten. Sie hat damit zu unrecht Verbraucher und Bauern verunsichert. Ihre eigentlichen Hausaufgaben hat sie aber nicht gemacht und bestehende Informationslücken nicht geschlossen. Ihr Hinweis auf den Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes geht dabei völlig an der Sache vorbei, weil er eine Verpflichtung von Unternehmen, die staatlichen Behörden über kritische Ergebnisse bei Eigenkontrollen zu informieren, gerade nicht vorsieht.

Der Nitrofenskandal beruht genau auf dieser Informationslücke. Es geht nicht darum, dass die Behörden die Bürger nicht informiert hätten, sondern darum, dass die Überwachungsbehörden von den Herstellern nicht unterrichtet wurden.

Bereits eine EU-Verordnung sieht erweiterte Informationspflichten der Lebensmittelhersteller und der Futtermittelhersteller gegenüber den Behörden und gegenüber den Verbrauchern vor. Sie soll aber erst zum 1. Januar 2005 in Kraft treten. Solange kann keinesfalls gewartet werden. Das In-Kraft-Treten dieser Informationspflichten muss EU-weit vorgezogen werden. Notfalls ist auch ein nationaler Alleingang erforderlich.

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS

# **Medien:** Freiheit und Verantwortung

**Wir wollen freie und unabhängige Medien, die mit einem verantwortungsbewussten Umgang des in der Verfassung garantierten Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit zu einer wirksamen Kontrolle staatlicher Macht beitragen.**

Sie sorgen gleichzeitig für die Informationsfreiheit der Bürger. Voraussetzung für eine funktionsfähige Medienordnung ist die Vielfalt der Medienangebote, die sowohl durch eine entschlossene Anwendung des Kartell- und Medienrechts als auch durch Rahmenbedingungen, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern, gewährleistet werden muss.

Die Unabhängigkeit der Medien ist durch freiheitliche Mediengesetze, privatwirtschaftliches Engagement, den Markt als Korrektiv und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesichert. Parteien als Verleger oder als private Rundfunkveranstalter passen nicht in eine liberale Medienordnung. Ihre unternehmerische Tätigkeit, die den chancengerechten Wettbewerb von Parteien im Meinungs- und Willensbil-

*Günther H. Oettinger, Vorsitzender Bundesfachausschuss Medienpolitik*

dungs-Prozess beeinträchtigt, ist gesetzlich zu unterbinden.

## Der Wahrheit verpflichtet

Die Freiheit der Medien muss mit Verantwortung bei der Vermittlung von Informationen gepaart sein. Journalismus ist keine Mission, sondern professioneller Dienstleistungs-Auftrag der Information. Journalisten müssen sich der Wahrheit, nicht der Sensation verpflichten. Die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung und des Persönlichkeitsschutzes sowie die Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen sind wesentliche Gebote journalistischer Selbstverantwortung.

Die Medienwirtschaft ist vom weltweiten Zusammenwachsen bisher getrennter Kommunikationstechniken geprägt, nämlich der Integration von Sprache, Text, Video und Audio durch Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und Computertechnik. Diese Medien-Konvergenz stellt die Medienpolitik vor neue Herausforderungen, die auch mit vermehrter Deregulierung beantwortet werden sollen. Unser Grundsatz lautet: So viel Freiheit wie möglich, so viel Ordnung wie nötig. Die Medienkonvergenz bietet eine große wirtschaftliche Chance, die es zu nutzen gilt.

Gedruckte Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften oder das Buch sind privatwirtschaftlich und damit frei und unabhängig organisiert. Aushöhlungen des Tendenzschutzes lehnen wir ebenso ab wie Beeinträchtigungen der publizistischen Freiheit oder die zunehmende Zahl von Werbebeschränkungen.

Wir bekennen uns zur gewachsenen dualen Rundfunkordnung von privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern zur

Sicherung von Qualität und Vielfalt. Beide Wettbewerber brauchen faire Entwicklungschancen.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter sollen sich auf ihre Kernkompetenzen bei ihrer gesellschaftspolitischen, kulturellen und föderalen Verantwortung konzentrieren. Ihr Grundversorgungs- und Funktionsauftrag ist im Rundfunkstaatsvertrag sowie in den Mediengesetzen der Bundesländer zu konkretisieren. Eine Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Lasten der privaten Konkurrenz lehnen wir ab.

## Grundversorgung gewährleisten

Wir treten dafür ein, dass öffentlich-rechtlicher Rundfunk auch in Zukunft seine originäre Aufgabe der Grundversorgung umfassend erfüllen kann. In dieser Funktion gebühren ihm der besondere verfassungsrechtliche Schutz und ein Finanzierungsprivileg. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft die Allgemeinheit die zur Erfüllung dieser spezifischen Aufgabe erforderlichen Finanzmittel in vertretbarem Rahmen zur Verfügung stellt.

Es ist zu prüfen, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk künftig über den Grundversorgungsauftrag hinausgehende Angebote einschließlich des Onlinebereichs unabhängig von öffentlichen Mitteln und ohne den verfassungsrechtlichen Schutz tätigen kann. Dies setzt eine doppelte Buchführung im Sinne der EU-Transparenzrichtlinie voraus.

Insbesondere im Online-Bereich geht das derzeitige Engagement der öffentlich-rechtlichen Anstalten über den Grundversorgungsauftrag hinaus. Wir begrüßen deshalb die Aufforderung der KEF an die öffentlich-rechtlichen Anstalten, ein klares Konzept vorzulegen, das neben der Zusammenführung der Angebote klare Kriterien für deren Begrenzung und Konzentration auf Programmbegleitung in einem engeren als bisher verstandenen Sinn vorsieht.

Die aufgabengerechte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist neu zu regeln. Eine allein ans Empfangsgerät gekoppelte Rundfunkgebühr ist nach der Konvergenz der Empfangsgeräte nicht mehr zu halten. Eine Gebühr für jeden internetfähigen PC ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland undenkbar. Eine einheitliche Abgabe auf ein rundfunktaugliches Gerät je Haushalt und Betriebsstätte soll Kern einer Neuregelung sein.

Wir bereiten uns auf den Weg für eine neue Medienordnung mit einer klaren Trennung von gebühren- und werbefinanziertem Rundfunk vor. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk soll sich langfristig nur aus Gebühren finanzieren, privater Rundfunk dagegen aus Werbung und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten. Gesetzliche Restriktionen bei der Werbung sind zu lockern.

## Politische und ökonomische Effizienz

Die staatsfreie Selbstkontrolle privater Medien sichert Eigenverantwortung und Unabhängigkeit, sollte daher für künftiges europäisches Recht beispielgebend sein. Die zurzeit komplizierteste Medienregulierung der Welt sollte im Interesse von politischer und ökonomischer Effizienz wie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine in ihren Zuständigkeiten gebündelte und mit einheitlichen Maßstäben arbeitende Medienaufsicht ersetzt werden.

Angesichts der verharmlosenden und immer hemmungsloseren Darstellung

von Gewalt in Massenmedien, Videofilmen oder Computerspielen rufen wir nicht nur die Eltern zur Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages auf, sondern wir wollen auch eine Verbesserung des Jugendmedienschutzes, für den die Zuständigkeiten bei der Aufsicht gebündelt werden müssen. Die einheitliche Zuständigkeit der Länder für den Jugendschutz im Bereich der elektronischen Medien ist ein erster wichtiger Schritt.

## Medienerziehung für Kinder

Dazu gehört aber auch eine qualifizierte Medienerziehung der Kinder bereits im Kindergarten sowie in der Schule. Außerdem sollte Medien-Ethik Bestandteil einer breiten gesellschaftlichen Diskussion sein und auf die Tagesordnung selbstkritischer Bestandsaufnahmen der Medien-Macher kommen.

Wir wollen eine verbesserte mediale Außendarstellung unseres Landes. Dem Auslandsrundfunk kommt die Aufgabe zu, unser Land der Welt vielfältig und realistisch zu vermitteln und gleichzeitig eine Stimme der Freiheit für Menschen ohne Informationsfreiheit zu sein. Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit muss die Deutsche Welle staatsfern und unabhängig sein. Sie braucht eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Sie sollte im zusammenwachsenden Europa vermehrt die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Auslandsrundfunksendern suchen, das Internet für den interkulturellen Dialog nutzen und ihren Krisenrundfunk ausbauen. Gleichzeitig sollte sie stärker als bisher als Instrument zur weltweiten Vermittlung der deutschen Sprache eingesetzt werden.

Wir wollen die Chancen des Internet, das menschliche Kommunikation ebenso revolutioniert wie wirtschaftliches Handeln, entschlossener nutzen. Schulen und Hochschulen müssen stärker ans Netz, die Aus- und Fortbildung von Lehrern muss im Interesse der Integration digitaler Unterrichtsinhalte verbessert werden. Internet geht uns alle an. Zur Verhinderung von digitalem Analphabetismus müssen Angebote und der Zugang für alle Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten verbessert werden.

Die Medien- und Informationswirtschaft gehört zu den volkswirtschaftlichen Motoren. Der Medienstandort Deutschland verfügt angesichts seines hohen Breitbandverkabelungsgrades über eine hervorragende technische Infrastruktur, die sowohl mehr Kapazität für Rundfunk und intensiveren Wettbewerb zum Beispiel bei Telefonie und Hochgeschwindigkeits-Internet zulässt. Wir wollen, dass diese bislang unzureichend genutzten Möglichkeiten als Chance erkannt und umgesetzt werden. Unser Ziel ist die Nutzung des Kabels für eine Erweiterung der Dienstleistungspalette und mehr Wettbewerb.

## Steuerliche Maßnahmen

Der Film ist ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut. Wir werden die Rahmenbedingungen für den deutschen Film verbessern. Dazu gehören die verstärkte Beteiligung privaten Kapitals an Film- und Fernsehproduktionen in Deutschland durch steuerliche Maßnahmen sowie die Stärkung der Position unabhängiger Produzenten. Durch Neugestaltung des Urhebervertragsrechts muss die Wettbewerbssituation der deutschen Filmwirtschaft verbessert werden. UID

INTERNET

# zeit-fuer-taten.de ist online

**Hoch über dem Potsdamer Platz, im 21. Stock des Bahn Towers, präsentierte Laurenz Meyer die neuen Wahlkampfsonderseiten der CDU.**

Vor über 50 Journalisten führte der Generalsekretär die Seiten **www.zeit-fuer-taten.de** vor, auf denen die Ziele des Regierungsprogramms der Union internetgerecht dargestellt werden.

Die Agentur MECH, Partner der McCann-Erickson WorldGroup, hat zusammen mit dem Online-Service des Konrad-Adenauer-Hauses die Seiten in den letzten Wochen aufgebaut. Neben umfangreichen Informationen über das Regierungsprogramm und die Ziele der Union finden sich auf den Seiten auch die Mitglieder des Kompetenzteams, ein Parteientest, Filme und Online-Spiele.

Die Seiten verfolgen einen neuartigen Ansatz der politischen Kommunikation im Netz: Abweichend vom bekannten Zugang über eine aktuelle Homepage, kann der Nutzer bei den neuen Seiten seinen eigenen Zugang wählen. Zur Auswahl stehen drei Wege. Neben dem Weg über die klassische Themenauswahl kann man auch den Zugang über die Rubriken „Menschen" und „Regionen" wählen. Wer als Unternehmer tätig ist und wissen möchte, was die Politik der CDU für ihn bedeutet, findet das Wichtigste unter dem Navigationspunkt: „Unternehmer" in der Rubrik „Menschen". Da alle Rubriken untereinander querverlinkt sind, können auch Senioren, Eltern, Arbeitslose und andere Gruppen auf diese Informationen zurückgreifen.

Wer sich eher über die regionale Politik der Union informieren möchte, findet auch hier speziell aufbereitete Informationen. Zu jedem Bundesland sind die Schwerpunkte der dortigen Politik zusammengefasst – von Schleswig Holstein bis Bayern, von Nordrhein-Westfalen bis Sachsen.

Mit der Seite **www.zeit-fuer-taten.de** rundet die CDU ihren Auftritt im Online-Wahlkampf ab. Neben den **www.wahlfakten.de**, die bereits im November für einiges Aufsehen sorgten, wurden in der Zwischenzeit der Auftritt des Kanzlerkandidaten www.stoiber.de und die Politik-Simulation **www.wahlkreis300.de** gestartet. Alle drei Seiten laufen mit großem Erfolg und ziehen täglich tausende von Besuchern an. Mit **www.zeit-fuer-taten.de** ist jetzt das zentrale Wahlkampfportal eröffnet worden. UID

WWW.WAHLKREIS300.DE

# Erster virtueller Wahlkreis Deutschlands

**Neben den 299 realen Wahlkreisen, in denen am 22. September abgestimmt wird, gibt es in diesem Jahr erstmalig auch einen virtuellen Wahlkreis – den Wahlkreis300.**

Diskussionen und Abstimmungen, Flugblätter und Plakate – all diese Facetten des Wahlkampfes finden sich auch im Online-Strategiespiel Wahlkreis300. Hier können alle Besucher schon jetzt Wahlkampfatmosphäre schnuppern, auf dem Marktplatz Plakate bewundern und Flugblätter begutachten oder virtuelles Canvassing betreiben.

Die CDU hat mit diesem Angebot eine offene Plattform geschaffen, die auch dem politischen Gegner die Möglichkeit eröffnet, seine Meinung kund zu tun und kreativ zu sein. Es sind Pendants zu allen Bundestagsparteien vorhanden. Ziel ist es, politisch Interessierte, den Parteien aber fern stehende Internetnutzer, an Politik heranzuführen. Dabei bringen die meist jugendlichen Nutzer viele Ideen ein.

Nach einem umfangreichen BETA-Test, den Angela Merkel auf der CeBIT eröffnet hatte, läuft nun der politische Wettstreit im WK 300. Inzwischen kämpfen über 1.900 registrierte Nutzer um ihren persönlichen Aufstieg ins jeweilige Leitungsgremium und um den Sieg ihrer Partei im virtuellen Wahlkreis. Einzelleistungen wie der Entwurf eines Plakates, einer Rede oder eines Werbe-Banners sind dabei genauso wichtig wie Teamarbeit. Wer besonders viel Zustimmung bei den übrigen Wahlkämpfern findet, steigt in der Rangfolge auf und vergrößert seinen Einfluss auf die politischen Aussagen seiner Partei.

„Der Wahlkreis300 ist ein typisch deutscher Wahlkreis mit 316.000 Einwohnern", so ein Blick auf die Rahmendaten. Das an der südlichen Grenze gelegene AKW sorgt nicht nur für Strom, sondern auch für Diskussionen zwischen den Grünen300 und der CDU300. Es gibt Demonstrationen gegen das AKW und Streit darum, ob in der Region ein Naherholungszentrum eingerichtet werden soll oder doch besser ein Naturschutzgebiet.

Aber auch das reale politische Geschehen spielt eine Rolle. So stellen die Grünen 300 die mit 18 Jahren jüngste Bundestagskandidatin vor. Die CDU300 diskutiert die Soziale Marktwirtschaft, die FDP300 formuliert als Wahlziel „28 Plus", die SPD300 bewirbt mit „Ein-starkes-Stück-Sabine" ihre echte Kandidatin im Nachbarwahlkreis und die PDS300 kümmert sich um „Toleranz".

Egal welcher politischen Couleur sich die Spieler verschrieben haben, eins haben alle 5 virtuellen Parteien gemeinsam: Sie streiten um Ideen und Meinungen. Die überwiegend jugendlichen Teilnehmer, von manchen als politisch Desinteressierte beurteilt, beweisen im WK 300 das Gegenteil. Sie treten für ihre Meinungen ein und erarbeiten mehrheitsfähige Konzepte. Manchmal geht es dabei heiß her und die virtuellen Fetzen fliegen. Im WK 300 geht es nicht nur darum, wer am 22. September gewinnt, sondern auch darum, welche Partei die beste Kampagne gestaltet. So haben die Netznutzer zunächst die Möglichkeit, online „Wahlkampf-Feeling" zu schnuppern und können dann, bei Interesse, geübt in eine aktive Teilnahme am echten Wahlkampf wechseln. UID

**ALS „AKTIONISMUS** und Show-Business der Politik" hat der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Gerhard Fels, das beim „Anti-Teuro-Gipfel" vereinbarte Internet-Beschwerdeforum bezeichnet. „Das Signal an den Handel kann nur der Verbraucher geben und nicht Frau Künast".

**DIE JUGENDGEWALT** ins Visier genommen hat Bremens Innensenator Kuno Böse (CDU). Er fordert zur Vorbeugung unter Jugendlichen ein stärkeres Engagement von Schulen und Familien. Der Kampf gegen Gewalt sei nicht allein staatliche Aufgabe, sagte der Vorsitzende der Innenministerkonferenz. Wenn Polizei und Justiz einschreiten müssten, sei es meist schon zu spät.

**DER NITROFEN-**Skandal hat das Vertrauen der Verbraucher in Bio-Produkte spürbar sinken lassen. So gaben bei einer aktuellen Emnid-Umfrage für die WELT 51 % der Befragten an, ihr Vertrauen in die Qualität und Sicherheit von Bio-Lebensmitteln hätte deutlich abgenommen. 46 % halten dagegen Öko-Produkte nach wie vor für relativ sicher.

**DEN UMZUG** aller Ministerien von Bonn nach Berlin befürwortet ein knappe Mehrheit der deutschen Bevölkerung. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap für die Zeitung „Welt am Sonntag" sagten 45 % Ja zu einem Umzug, 42 % sprachen sich dagegen aus. In den westlichen Bundesländern waren allerdings 44 % gegen einen Umzug, nur 43 % dafür. In den neuen Bundesländern befürworteten dagegen 51 % den Umzug, nur 37 % waren dagegen.

**32 PARTEIEN** und Vereinigungen wollen bislang an der Bundestagswahl teilnehmen. Neben den 5 bereits im Bundestag vertretenen Parteien wollen 27 weitere politische Vereinigungen antreten. Ob sich letztlich insgesamt mehr Organisationen an der Wahl beteiligen wollen als vor vier Jahren, sei noch nichtabsehbar, sagte Bundeswahlleiter Johann Hahlen. Erfahrungsgemäß nehme der Eingang von Anmeldungen in den letzen Tagen und Wochen vor Ablauf der Fristen stark zu.

**AUCH IN DEN NEUEN** Bundesländern dominiert die CDU derzeit die Wählergunst. Das hat eine Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung für die Zeitschrift „Super Illu" ergeben. Bei der so genannten Sonntagsfrage kamen die Christdemokraten auf 33 %. Die FDP könnte mit 9 % der Wählerstimmen rechnen. Die SPD kam auf 29 %, die PDS auf 22 % und die Grünen würden lediglich auf drei Prozent der Stimmen kommen.

**DER STELLENABBAU** in Deutschland wird einer Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge trotz des erwarteten Konjunkturaufschwungs voranschreiten. Die Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handel und dem Bau gehen in den nächsten Monaten von einem weiteren Arbeitsplatzabbau aus, ergab der Konjunkturtest für den Monat Mai. Besonders in der westdeutschen Baubranche blieb die Stimmung unverändert düster.

**EIN RIESENDEFIZIT** im ersten Quartal melden die gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland. Nach Informationen, die NDR 90,3 exklusiv vorliegen, verzeichnet der AOK Bundesverband ein Minus von rund 340 Millionen Euro, die Ersatzkassen einen Fehlbetrag von 250 Millionen Euro. Bei den Ersatzkassen hat es besonders hart die Barmer mit 90 Millionen getroffen. UID

# Christliche Jugendteffen im Blickpunkt des EAK und der JU

**Zeit für Taten! Das dachte sich auch der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und die Junge Union, als sie Ende Mai auf das Bundesjugendtreffen fuhren, zu dem das Gemeindejugendwerk eingeladen hatte.**

Mehrere tausend junge Christen trafen sich für vier Tage in Niedersachsen, um über das Thema „Den Himmel erden. Gerechtigkeit leben", zu diskutieren. Zu diesem Thema wurden erstmalig auch alle Parteien eingeladen.

Die Jugendlichen sollten gerade angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl die Möglichkeit bekommen, ihre christlichen Überzeugungen an den Programmen der Parteien zu messen. Der Evangelische Arbeitskreis und die Junge Union standen mit Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstellen als Ansprechpartner das ganze Bundesjugendtreffen zur Verfügung.

Die positive Reaktion der Jugendlichen war deutlich zu spüren, zumal die anderen Parteien eine längere Standpräsenz kurzfristig abgesagt hatten. Politischer Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion, an der auch der Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Hermann Kues, teilnahm. Gefragt wurde nach konkreten Plänen in der Jugend-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Im Mittelpunkt stand das Thema, warum sich junge Christen überhaupt in der Politik engagieren sollten. Die Parteivertreter nutzen die Chance den Jugendlichen zu erläutern, wie sie persönlich ihre christliche Überzeugung mit der Tagespolitik verbinden. Der EAK und die JU werden in Zukunft solche Festivals verstärkt besuchen, damit junge Christen den Weg in die Union finden. Christlich fundierte Politik muss auch in den nächsten Jahrzehnten das Profil der CDU sein. UID

# „Wenn mein Freund so viele **Versprechen** brechen würde wie der Kanzler, würde ich ihn rauswerfen…“

**Der Beitrag der Bundesgeschäftsstelle zum SPD-Wahlparteitag bestand in einer eigenen Kreation der SPD-Mitgliederzeitung „Vorwärts“.**

Im „Abwärts“ zog die CDU auf vier großformatigen Seiten eine ernüchternde Bilanz der vierjährigen rot-grünen Regierungszeit. Sowohl in der Einzelwertung der Kabinettsmitglieder als auch in der von Schröder angeführten Mannschaftswertung wird mehr als deutlich: Keines der Versprechen, mit denen Schröder im 98er Wahlkampf die Wähler geködert hat, konnte Rot-Grün erfüllen. Auf vielen Politikfeldern, besonders auf dem Arbeitsmarkt, hat sich die Lage sogar verschlechtert.

**Aus dem Inhalt:**

- Versprochen – Gebrochen: Die neun nicht gehaltenen Versprechen von Gerhard Schröder
- Von wegen „soziale Gerechtigkeit“. Schröders Bilanz nach vier Jahren lautet: mehr Spaltung statt mehr Gerechtigkeit
- Pleiten, Pech und Pannen. Abpfiff für das Schröder-Kabinett am 22. September
- Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten. Das Regierungsprogramm der Union.
- Warum Erfolg begrenzen? Unionsgeführte Länder belegen: Man kann auch gut regieren.

**Der Abwärts kann im IS-Versandzentrum bestellt werden**

Maria Böhmer und Ilse Falk:

# Keine **ruhige Hand** beim Jugendschutz

**Anlässlich des Expertengespräches der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Gewalt in den Medien bekämpfen – Erziehungskompetenz stärken" erklärten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und die Parlamentarische Geschäftsführerin:**

Die Bluttat von Erfurt hat gezeigt, dass Gewalt und Pornographie in unseren Medienalltag eingekehrt sind. Auch wenn die Fraktion mit dem Informations- und Kommunikationsdienstegesetz eine gute Grundlage gelegt hat, ist seit 4 Jahren nichts mehr passiert. Wertvolle Zeit wurde vertan. Ein schärferes Jugendschutzgesetz allein hätte Erfurt sicher nicht verhindert. Es ist aber das Zusammenwirken von restriktiveren Rechtsvorschriften einerseits und der Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz andererseits, die langfristig eine Besserung bedeuten können.

Der von der Regierung und den Koalitionsfraktionen vorgelegte Jugendschutzgesetzesentwurf ist mangelhaft: Es ist unklar, welche Anforderungen an eine „erziehungsbeauftragte Person" zu stellen sind. Die Freigabe von FSK 12-Filmen für 6jährige, die in Begleitung ihrer Eltern sind, ist ein falsches Signal. Die nicht altersgerechte Abgabe von Filmen und Spielen an Automaten läßt sich nicht verhindern, daher sollte ein Verleih per Automaten generell untersagt werden. Ungeklärt ist, wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Ländern miteinander verzahnt werden können. Unzureichend sind auch die Anstrengungen der Regierung, auf europäischer Ebene qualifizierte Standards zu erreichen.

Neben diesen rechtlichen Bedingungen muss die individuelle Komponente kommen. Gefordert sind hier die Familie und die Eltern. Sie sind Vorbild ihrer Kinder, können deren Entwicklung am besten einschätzen und das Hineinwachsen in die Medienwelt der Erwachsenen am besten steuern. Wertschätzung für Familien und Erziehungsarbeit auszudrücken, ist CDU-Politik, denn wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Bekenntnis zur elterlichen Erziehung.

*M. Böhmer*

*I. Falk*

Daher sieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz einen wesentlichen Beitrag in der Unterstützung der Familien.

Deshalb fordert die CDU die Bundesregierung auf, auf folgenden Handlungsfeldern aktiv zu werden:

- Generelles Verbreitungsverbot schwer jugendgefährdender Videofilme und Video- und Computerspiele.
- Verbot sogenannter Killerspiele, bei denen in menschenverachtender Weise Tötungen oder Verletzungen von Mitspielern realitätsnah simuliert werden,
- Prüfung von Sanktionsinstrumenten, wenn die Selbstkontrolle nicht funktioniert,
- Vereinbarung europäischer und international gültiger Schutzstandards im Jugendmedienschutz
- Ergreifung notwendiger Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenz.

Gerhard Friedrich und Steffen Kampeter:

# **Reiner** Ankündigungszauber

**Zur Antwort der Regierung „Angebot des Bundeskanzlers zur Finanzierung von 10.000 Ganztagsschulen durch den Bund" erklären der bildungs- und forschungspolitische Sprecher und der Obmann im Haushaltsausschuss:**

Eichel kämpft um sein Image als Sparkommissar und sein Chef spielt auch in der warmen Jahreszeit den Weihnachtsmann: 10.000 Ganztagsschulen will er fördern, obwohl der Bund für den Schulbereich keinerlei Kompetenzen hat.

Die Union wollte wissen, wofür genau Eichel Geld bereitstellen soll: Für Schulen mit Ganztagsunterricht, für Nachmittagsbetreuung, vielleicht sogar für Horte, für Investitionen oder auch Betriebskosten?

Die Antwort zeigt: Das weiß die Regierung selbst nicht. Trotzdem ist sie wild entschlossen, auf jeden Fall 4 Mrd. € Steuergelder als Wahlgeschenke zu verteilen.

- Es gibt weder haushaltspolitisch noch bildungspolitisch Überlegungen, wie eine solche Betreuungsförderung des Bundes finanziert werden soll.
- Es gibt keine verbindliche Vereinbarung mit den Ländern, wie eine solche Finanzierung erfolgen könnte.
- Es gibt keine Klarheit, was mit den Betreuungsförderungsprojekten passiert, wenn die befristete Bundesförderung ausgelaufen ist.
- Es gibt keine verfassungsrechtliche Grundlage, nach der der Bund diese Länderaufgabe finanzieren darf.

Wir fordern von der Regierung, im Bildungs- und Forschungsbereich endlich nur Projekte zu beginnen, die sie auch durchfinanzieren kann: So zeigt es sich, dass die Anschlussfinanzierung für sinnvolle Projekte aus der bisherigen UMTS-Finanzierung fehlt. Die Genomforscher und die neuen Spitzenwissenschaftler an Hochschulen wissen nicht, ob sie sich nach der 3-jährigen Sonderfinanzierung aus „Zinsersparnissen" wieder beim Arbeitsamt melden oder in den USA um einen Job bewerben sollen.

Wir fordern die Regierung auf, nur dann neue Aufgaben zu übernehmen, wenn die bisherigen zufriedenstellend finanziert werden. Die Situation der Auslandsschulen zeigt, dass dies gegenwärtig nicht der Fall ist.

**Zum „Teuro"-Gipfel erklärte die finanzpolitische Sprecherin Gerda Hasselfeldt:**

Die Einberufung eines „Teuro"-Gipfels durch die Bundesregierung ist reiner Populismus und an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Sie soll lediglich davon ablenken, dass die eigentlichen Preistreiber in der rot-grünen Regierung sitzen. Das Statistische Bundesamt hat frühzeitig darauf hingewiesen, dass alleine die Erhöhung der Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer für knapp die Hälfte des Preisanstieges zu Beginn des Jahres verantwortlich ist.

Im Klartext: Erst hat die Bundesregierung den Bürgern das Geld aus der Tasche gezogen, nun spielt sie sich als Anwalt der Verbraucher auf. Nicht nur Bundeswirtschaftsminister Müller hält das heutige Treffen daher für überflüssig. Die Wähler können am 22. September über einen Boykott der Preistreiber entscheiden und die rot-grüne Regierung abwählen.

Martina Krogmann:

# **Pseudo-Jugendschutz** darf Access-Provider nicht noch mehr belasten

**Zum Entwurf des Jugendschutzgesetzes erklärte die Internet-Beauftragte:**

Die Wichtigkeit eines funktionierenden Jugendschutzes – auch im Internet – ist unstrittig. Völlig deplaziert sind jedoch Maßnahmen, die deutsche Unternehmen belasten, ohne das Ziel zu erreichen.

Rot-Grün will nun reinen Access-Providern unter dem Vorwand des Jugendschutzes im Jugendschutzgesetz und im geplanten Jugendmedienschutz-Staatsvertrag umfangreiche Verpflichtungen auferlegen. So sollen die reinen Internet-Zugangsvermittler z.B. dafür Sorge tragen, dass Kinder/Jugendliche bestimmte Seiten im Netz „üblicherweise nicht wahrnehmen". Dies würde die Einrichtung eines zentralen Zensurfilters bedeuten, der dann von den betroffenen Unternehmen minütlich aktualisiert werden müßte. Solche Vorstellungen sind auf Grund der globalen und dezentralen Struktur des Internets schon gedanklich absurd. Rot-Grün befindet sich mental noch im Schwarz-Weiß-Zeitalter und hat dies wieder einmal bewiesen!

Außerdem haben die betroffenen Unternehmen keine technischen Möglichkeiten, alle Internetseiten auf ihre Jugendeignung zu prüfen, verhielten sich also grundsätzlich illegal. Gesetze, die die Verpflichteten sowohl unter finanziellen als auch unter technischen Gesichtspunkten nicht erfüllen können, untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat und schädigen den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Hans-Jürgen Doss:

## Die Botschaft vernehme ich wohl – allein der Glaube **fehlt**

**Zum SPD-Regierungsprogramm erklärte der mittelstandspolitische Sprecher:**

Laut Wahlprogramm hat auch die SPD endlich erkannt, dass der Mittelstand das Kernstück der Wirtschaft ist. Diese Erkenntnis kommt nur leider zu spät. Die SPD hat als Regierungspartei alle Möglichkeiten gehabt, um kleine und mittlere Betriebe zu unterstützen. Stattdessen hinterlässt sie nach 4 Jahren eine erschreckende mittelstandspolitische Bilanz: Alle 15 Minuten schliddert in Deutschland ein Unternehmen in die Pleite. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen sehen tatenlos zu.

Der Ruin des Mittelstandes lässt sich nur durch die Senkung der Steuer- und Sozialabgaben und Verringerung der Staatsquote auf jeweils unter 40% und durch den Abbau von Bürokratie verhindern. Der Mittelstand kann nur überleben, wenn ein besseres Klima in Deutschland geschaffen wird. Hierfür bedarf der Mittelstand der Aufmerksamkeit einer Regierung während ihrer gesamten Regierungszeit, nicht nur in Wahlkampfzeiten!

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

# **Neue** Studien vorgestellt

■ Zukunftsforum Politik, Nr. 39 – Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten – In dieser Analyse geht der Autor der Frage nach, worin die Ursachen für anti-westliche und anti-amerikanischen Grundhaltungen im islamischen Raum bestehen, die im Zuge der Attentats am 11. September zum Ausdruck kamen.

■ Zukunftsforum Politik, Nr. 40 – PISA und die Folgen: Neue Bildungsdebatte und erste Reformschritte – In diesem Band skizzieren die Autoren in aller Kürze die Grundlinien der öffentlichen Debatte zu den Ergebnissen der Pisa Studie so wie sie sich in den Printmedien widerspiegelt und den politischen Handlungsnotwendigkeiten, die sich daraus ergeben.

■ Zukunftsforum Politik, Nr. 41 – Die Gestaltung der neuen globalen Rahmenbedingungen – Eine umfangreiche Studie, die unabhängig von tagespolitischen Entwicklungen, die grundlegenden Fragestellungen der gegenwärtigen Globalisierungsdiskussion aufgreift und bündelt, um daraus konkrete Anforderungen an die Politik abzuleiten.

■ Zukunftsforum Politik, Nr. 43 – Was war die Stasi? Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) – Die Broschüre gibt in 26 Aufsätzen in komprimierten Form facettenreiche Einblicke in das Wirken des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, das der SED als staatlicher Unterdrückungsapparat gegen die eigene Bevölkerung diente. Autoren u.a. : Dr. Karsten Dümmel / Siegmar Faust / Dr. Jens Gieseke / Dr. Hubertus Knabe

■ Zukunftsforum Politik, Nr. 44 – Föderalismusreform: Die deutsche Finanzordnung auf dem Prüfstand – Diese Studie ist das Ergebnis Projektes „Föderalismusreform" der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auf 76 Seiten beleuchten namhafte Autoren die wichtigsten Aspekte der deutschen Finanzordnung auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

■ Arbeitspapier, Nr.63 – Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern. – In dieser Studie analysiert Viola Neu die programmatische Entwicklung der PDS, insbesondere vor dem Hintergrund der Koalitionsfähigkeit auf Bundesebene.

**BESTELLUNGEN:**

■ **per E-Mail: elisabeth.enders@kas.de**

■ **per Fax: 02241/246 294**

**Bis zu drei Hefte sind kostenlos erhältlich. Ab vier Heften werden drei Euro als Schutzgebühr (inklusive Versandkosten) berechnet.**

## KOMPETENZTEAM

### Kaum angreifbar

*Auf Späth folgt Schavan, das Schattenkabinett Stoiber nimmt Konturen an. Es wird nicht lange dauern, bis diese S-Klasse Zuwachs bekommt: Mit Seehofer, dem wieder genesenen Gesundheitsexperten der CSU. In der SPD-Kampa schluckt man schwer, weil dieses Kompetenz-Team kaum angreifbar ist.*

Nordwest-Zeitung

### Geschickter Schachzug

*Geschickt präsentiert Unions-Kanzlerkandidat Stoiber nach und nach sein Kompetenzteam. So sorgt er stets für neue Schlagzeilen. Nach dem Paukenschlag mit der Vorstellung von Späth, der sich eigentlich aus der Politik verabschiedet hatte, und der von Beckstein ist Annette Schavan das dritte Teammitglied. Damit verfügt Stoiber über vorzeigbare Mitstreiter. Auch die Reihenfolge hat der Kandidat mit Bedacht gewählt: Zunächst hatte er die für die Union herausragenden Felder der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Innenpolitik besetzt, jetzt das mit Späths Aufgabenbereich korrespondierende der Forschungs- und Bildungspolitik. Und er hat neben zwei Männern nun eine Frau im Team – auch dies ein Vorteil, zumal Annette Schavan alles andere als eine Quotenfrau ist.*

Nordsee-Zeitung

## UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

### Wahlkampf pur

*Außer Spesen nichts gewesen. Die Dienstreise des Berliner Untersuchungsausschusses zur Parteispendenaffäre hat nichts gebracht – es war auch nichts anderes zu erwarten. CSU-Chef Edmund Stoiber wies bei seiner Vernehmung im Maximilianeum zu Recht darauf hin, dass die Veranstaltung nur stattfand, weil er als Kanzlerkandidat der Union ins Zwielicht gerückt werden soll.* Mittelbayerische Zeitung

### Durchsichtiges Manöver

*Es war doch klar, dass Edmund Stoiber leichtes Spiel mit dem Parteispenden-Untersuchungsausschuss haben würde. Allzu windig war der Kronzeuge, mit dem die Ausschussmehrheit von SPD, Grünen und PDS dem Kanzlerkandidaten der Union zu Leibe rücken wollte. Und allzu durchsichtig auch das politische Manöver, den Ausschuss zur Wahlkampfbühne zu machen. Leider war im Ausschuss zuletzt jedes Mittel, oder besser gesagt jede Person recht, wenn sie nur der CDU/CSU etwas anheften wollte. Wie Karlheinz Schreiber. Der zwielichtige Lobbyist, mit Stoiber seit längerem über Kreuz, durfte da als großer Enthüller auftreten. Im kanadischen Toronto. Wäre er in Deutschland, dann säße er auf der Anklagebank im Landgericht Augsburg. Mit solchen halbseidenen Zeugen, die nur schwadronieren und nichts beweisen können, tat sich die Ausschussmehrheit keinen Gefallen.*

Ostthüringer Zeitung

## NAHOST

### Tragödie

*Das hat Methode: Immer wenn es auch nur eine leise Hoffnung auf eine Entspannung im Nahost-Konflikt gibt, funken Gruppierungen wie Dschihad und Hamas mit barbarischen Terroranschlägen dazwischen. So wird ein Palästinenserstaat Fiktion bleiben. Hoffnung gibt allein, dass die USA trotz der im April erlittenen Vermittlungspleite ihres Außenministers Powell weiter auf eine politische Lösung drängen, die Schaffung eines Palästinenserstaates inklusive. Dafür muss Arafat mit der Reform der in Verruf geratenen Autonomiebehörde die Voraussetzung schaffen. Wenn diese Reform scheitert und Terrorgruppen weiter ungehindert agieren können, wird Arafat die kommenden Monate politisch nicht überleben. Dann werden sich die USA aus der Vermittlung zurückziehen und Israel freie Hand geben. Alles, was dann kommt, dürfte das bisherige Ausmaß der Tragödie noch bei weitem übertreffen.*

Märkische Oderzeitung

### Kaum Hoffnung

*Der jüngste palästinensische Selbstmordanschlag bezweckt mehr, als allein den ohnehin zäh in Gang kommenden Friedensprozess zu zerstören. Er zeigt auf erschreckende Weise, dass Verhandlungslösungen im Nahost-Konflikt derzeit nur für Idealisten eine Hoffnung sind. Zur Torheit mancher Regierenden gehört es, noch immer Wetten darauf abzuschließen, ob Arafat den Terrorismus in den eigenen Reihen niederhalten kann. Doch mit jedem neuen Attentat wurde auf palästinensischer Seite deutlicher, dass manche Akteure sich verselbstständigt haben. Israel muss deshalb das Recht haben, für die Sicherheit seiner Staatsbürger Sorge zu tragen. Daran gibt es heute nichts mehr zu deuteln. Mit dem jüngsten Attentat haben die Terroristen den berechtigten Hoffnungen des palästinensischen Volkes jedenfalls einen Bärendienst erwiesen.*

Frankfurter Allgemeine

## BUNDESWEHR

### Alles im grünen Bereich?

*Der brave Parteisoldat Rudolf Scharping will seinem Chef keinen Kummer bereiten. Alles liegt im grünen Bereich beim „Bund" – meldet der sozialdemokratische Verteidigungsminister kühn. Ja, mutig war der Westerwälder schon immer. Sogar die überbordenden Kosten der alles in allem elf Einzeleinsätze im Ausland seien gedeckt. Differenzen mit Finanzminister Hans Eichel? I wo! Nie davon gehört! Jedenfalls gebe es keine „gravierenden Probleme", behauptet Scharping. Kennt er auch nach der Erkundungsreise durch Deutschlands Süden nicht die wirkliche Lage der Bundeswehr? Er hätte nur im eigenen Haus nachfragen müssen. Auf der NATO-Ministertagung wird er einen schweren Stand haben.*

Straubinger Tagblatt/ Landshuter Zeitung

## „Leistung und Sicherheit“ gemeinsames Regierungsprogramm 2002–2006 von CDU und CSU

Best.-Nr.: **5880**

10 Expl.: 13,00 € (15,08 €)

## Argumentations-Karten-Set

27 Karten im Block

Best.-Nr.: **2894**

10 Expl.: 8,50 € (9,10 €)

**Postkarte „E. S." ist soweit: Edmund Stoiber for Bundeskanzler**

100 Expl.
Best.-Nr.: **9884**
6,50 € (7,54 €)

**Postkarte**
**„Schröder ist Schuld"**

100 Expl.
Best.-Nr.: **9885**
6,50 € (7,54 €)

**Postkarte**
**„Wer die Qual hat, hat die Wahl!"**

100 Expl.
Best.-Nr.: **9886**
6,50 € (7,54 €)

**BESTELLANSCHRIFT**

*Bertelsmann Distribution GmbH*
*– IS-Versandzentrum –*
*Postfach 1162, 33759 Versmold*
*Telefax 05241-8041892*
*e-mail:*
*cdu-shop@bertelsmann.de*

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**Zeitung „Abwärts"**
**Sonderausgabe zur Bundestagswahl 2002**

Best.-Nr.: **2921**

100 Expl.: 13,50 € (14,45 €)

*Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.*
*Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.*